

# Ausschreibung für Fernwärme in Mainz-Lerchenberg

*Von Silvia Dott*

LERCHENBERG/MARIENBORN - Die Konzession für die Fernwärmeversorgung im Stadtteil Lerchenberg und auf dem ZDF-Gelände wird Anfang 2016 europaweit ausgeschrieben. Das Gebiet in Marienborn südlich der L426 „Birnbäumsgewann“ ist seit 1995 mit in die RWE-Versorgung einbezogen. Jetzt stimmte der Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie in einer gemeinsamen Sitzung mit den Ortsbeiräten Lerchenberg und Marienborn zu, sodass der seit 1967 existierende Vertrag mit RWE zum 30. April 2016 mit einer Kündigungsfrist von einem Jahr beendet werden kann. Damit sind die Weichen für die heutige Stadtratssitzung gestellt.

In Lerchenberg gibt es seit geraumer Zeit Ärger wegen der zu hohen Fernwärmepreise. Das will die Stadt mit der europaweiten Ausschreibung, der rechtssicheren Neugestaltung der Fernwärmeversorgung unter Berücksichtigung des Klimaschutzes und der Luftreinerhaltung erreichen. Die Preise sollen verbrauchsabhängig und damit attraktiver werden.

Die Neufassung der Satzung sieht eine Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang vor. Nämlich dann, wenn der Jahresbedarf 45 kWh/qm genutzter beheizter Fläche unterschreite und die maximale Anschlussleistung geringer als 25 kW ist. Der Nachweis ist durch ein anerkanntes Berechnungsverfahren zu führen. Die Deckung des Wärmebedarfs für Heizzwecke und Warmwasser hat emissionsfrei zu erfolgen, so die Satzung. Auch Gebäude mit solarthermischen Anlagen können vom Anschluss- und Benutzerzwang befreit werden.

„Wir gehen davon aus, dass es einen echten Wettbewerb unter den Unternehmen geben wird“, versuchte Umweltdezernentin Katrin Eder, Befürchtungen zu entkräften, das RWE habe einen zu starken Standortvorteil.

Das Abwägen darüber, welches Unternehmen den Zuschlag bekomme, solle geheim gehalten werden. Dies sei ein höchst sensibles Thema, dass nur im kleinen Kreis besprochen werden dürfe, unterstrich Eder und schlug vor, die Ortsvorsteher von Lerchenberg und Marienborn sowie je eine Person der im Umweltausschuss vertretenen Parteien zuzulassen. Dem wurde nicht widersprochen.

Eder stimmte zu. Die Ausschreibung für eine Dienstleistungskonzession erfolge nach den Grundsätzen der Europäischen Union. Zu beachten seien Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Verhältnismäßigkeit. Geprüft werde auch, so der Sachverständige, die Bonität der Bewerber. „Wir wollen keine Hasardeure!“ Hansgeorg Schönig, Sprecher der CDU-Stadtratsfraktion, bat um Beteiligung der Fraktionen schon bei der Formulierung der Ausschreibung. Dem stimmte Eder zu.

Wie ein Sachverständiger erläuterte, wird die Ausschreibung am 20. April bekannt gemacht, sodass nach weiteren geheimen Beratungen im Januar 2016 der Zuschlag erteilt werden könne.

**Anmerkung von Hartmut Rencker: Müssen Kunden Altverträge aussitzen?**  
Wenig bekannt ist, dass ein neuer Mantelvertrag mit der Stadt die alten schlechten Kundenverträge nicht automatisch aushebelt. Diese gehen nach der Rechtslage auf den Nachfolgebetreiber über. Es wird eine harte Nuss für die Stadt, vom neuen (alten) Versorger einen Verzicht auf die noch jahrelange Bindungswirkung der Kundenverträge durchzusetzen. Ein Erdbeben ist ohnehin nicht zu erwarten. Heizen ist nicht umsonst. Und es wird Wärme verblasen auf Teufel komm raus. Der durchschnittliche Häuslebauer kommt auf rund 15 Megawattstunden im Jahr. Das entspricht 80 Sack Braunkohlebriketts im eigenen Ofen. Muss keiner aus dem Keller holen und über die Treppe tragen, es kommt doch so praktisch aus der Leitung.